

# Datenschutzhinweis zum Verzeichnis der wirtschaftlich berechtigten Personen von Rechtsträgern

Als verantwortliche Stelle informiert Sie das Amt für Justiz, Stiftungsaufsicht und Geldwäschereiprävention (AJU, STIFA/GWP), gemäss Art. 12, 13 und Art. 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem Verzeichnis der wirtschaftlich berechtigten Personen von Rechtsträgern (VwbP).

Die nachfolgenden Ausführungen gelten sowohl für die Datenverarbeitung im in elektronischer Form geführten Online-Portal des VwbP (Webseite: <https://vwb.llv.li>) als auch für die allgemeine Datenverarbeitung, die ausserhalb des Online-Portals im Zusammenhang mit dem VwbP erfolgt. Sie gelten überdies für alle von der Datenverarbeitung im Rahmen des VwbP betroffenen Personen.

## 1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Amt für Justiz  
Stiftungsaufsicht und Geldwäschereiprävention  
Giessenstrasse 3  
FL-9490 Vaduz  
Telefon: +423 236 62 00  
E-Mail: [info.vwb.aju@llv.li](mailto:info.vwb.aju@llv.li)  
Webseite: <https://www.llv.li/de/landesverwaltung/amt-fuer-justiz/stiftungsaufsicht-und-geldwaeschereipraevention/verzeichnis-der-wirtschaftlich-berechtigten-personen-vwbp->

## 2. Name und Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Fachstelle Datenschutz  
Regierungskanzlei  
Peter-Kaiser-Platz 1  
Postfach 684  
FL-9490 Vaduz  
Telefon: +423 236 73 08  
E-Mail: [datenschutz@regierung.li](mailto:datenschutz@regierung.li)  
Webseite: <https://www.llv.li/de/landesverwaltung/fachstelle-datenschutz>

### 3. Zweck der Datenverarbeitung

Dem AJU, STIFA/GWP obliegt die Führung des VwbP zum Zweck der Bekämpfung von Geldwäscherei, Vortaten der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung (Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes über das Verzeichnis der wirtschaftlich berechtigten Personen von Rechtsträgern; VwbPG). Diesbezüglich verarbeitet das AJU, STIFA/GWP die Daten konkret für folgende Zwecke:

- Bereitstellung von Auszügen/Bescheinigungen (Art. 8 VwbPG)
- Bearbeitung von Anträgen auf Übernahme eines Rechtsträgers
- Führung von Verwaltungs(straf)verfahren, u.a. zur Sanktionierung von Verstößen gegen die Bestimmungen des VwbPG (Art. 31 Abs. 2 VwbPG)
- Offenlegung von Daten an Banken und Finanzinstitute, inländische Sorgfaltspflichtige und Dritte (Art. 15, 16, 17 VwbPG)
- Offenlegung von Daten an inländische Behörden im Abrufverfahren (Art. 13 VwbPG)
- Bearbeitung von Anträgen auf Einschränkung der Offenlegung von Daten (Art. 18 VwbPG)
- Durchführung von Plausibilitätsprüfungen (Art. 23 Abs. 2 Bst. b VwbPG)
- Bearbeitung von Unstimmigkeitsmeldungen (Art. 9 VwbPG)
- Durchführung von Kontrollen (Art. 24 ff. VwbPG)
- Statistische Zwecke (Art. 12 Abs. 3 VwbPG)

Zum Zwecke der Beantwortung von telefonischen sowie elektronischen Anfragen im Zusammenhang mit dem VwbP werden ebenso personenbezogene Daten (z.B. Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse von anfragenden Personen) erhoben und verarbeitet.

Beim Aufruf der Webseite des VwbP (<https://vwb.llv.li>) werden zudem die unter Punkt 6. a) erwähnten Daten (siehe die Aufzählung am Schluss unter 6. a)) zum Zwecke der Bereitstellung einer funktionsfähigen Webseite, der Sicherstellung ihrer Funktion sowie nutzerfreundlicher Inhalte und Leistungen verarbeitet.

### 4. Rechtsgrundlagen

Grundlagen für das VwbP sind das VwbPG und die Verordnung über das Verzeichnis der wirtschaftlich berechtigten Personen von Rechtsträgern (VwbPV). Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung der Daten bilden dabei Art. 6 Abs. 1 Bst. e DSGVO und die spezialgesetzlichen Grundlagen im VwbPG sowie der VwbPV.

Im Detail gelten die folgenden gesetzlichen Grundlagen für die einzelnen Verarbeitungstätigkeiten betreffend das VwbP:

- Bereitstellung von Auszügen/Bescheinigungen (Art. 8 VwbPG)
- Führung von Verwaltungs(straf)verfahren, u.a. zur Sanktionierung von Verstößen gegen die Bestimmungen des VwbPG (Art. 31 Abs. 2 VwbPG)

- Offenlegung von Daten an Banken und Finanzinstitute, inländische Sorgfaltspflichtige und Dritte (Art. 15, 16, 17 VwbPG)
- Offenlegung von Daten an inländische Behörden im Abrufverfahren (Art. 13 VwbPG)
- Bearbeitung von Anträgen auf Einschränkung der Offenlegung von Daten (Art. 18 VwbPG)
- Durchführung von Plausibilitätsprüfungen (Art. 23 Abs. 2 Bst. b VwbPG)
- Bearbeitung von Unstimmigkeitsmeldungen (Art. 9 VwbPG)
- Durchführung von Kontrollen (Art. 24 ff. VwbPG)
- Statistische Zwecke (Art. 12 Abs. 3 VwbPG)

## 5. Betroffene Personen

Betroffene Personen sind die Benutzer des Online-Portals des VwbP, die Rechtsträger, welche zur Erfassung der Daten im VwbP verpflichtet sind, die wirtschaftlich berechtigten Personen sowie Personen, die Bestellungen, Anfragen und Anträge betreffend das VwbP stellen oder Meldungen erstatten.

## 6. Kategorien der erhobenen personenbezogenen Daten

Im Zusammenhang mit der Führung des VwbP werden folgende personenbezogene Daten erhoben:

### a) Im Online-Portal des VwbP erhobene Daten

Bei Benutzern (Kontaktinformationen): Vorname, Name, Name/Firma des Rechtsträgers, Kontaktmail, Telefon, Adresse, Accountmail

Bei Rechtsträgern (im Handelsregister erfasst): Name, Firma oder Bezeichnung, Registernummer, Rechtsform, Sitz, Repräsentanz/Zustelladresse

Bei Rechtsträgern (nicht im Handelsregister erfasst): Bezeichnung des Trusts bzw. der ähnlichen Rechtsvereinbarung, Rechtsform, inländische Zustelladresse, Datum der Errichtung bzw. des sonstigen Zustandekommens sowie gegebenenfalls Angaben zum Eintrag in ein ausländisches Handelsregister oder vergleichbares Register

Bei natürlichen wirtschaftlich berechtigten Personen: Titel, Vorname, Name, Geburtsdatum, Wohnsitzstaat, Staatsangehörigkeit, Rolle

Bei Rechtsträgern in der Rolle als wirtschaftlich berechtigt Personen (im Handelsregister erfasst): Name, Firma oder Bezeichnung, Registernummer, Rechtsform, Sitz, Repräsentanz/Zustelladresse, Rolle

Bei Rechtsträgern in der Rolle als wirtschaftlich berechtigt Personen (nicht im Handelsregister erfasst): Name/Firma/Bezeichnung, Rechtsform, Sitz/Errichtungsort, Datum der Errichtung oder des sonstigen Zustandekommens, Registerland, Registerort, Registernummer, Registerdatum, Adresse, Rolle

Die Daten der Rechtsträger, die im Handelsregister erfasst sind, werden bei der Erfassung im VwbP aus dem Handelsregister importiert. Bei nicht im Handelsregister erfassten Rechtsträgern werden die Daten des Rechtsträgers im VwbP durch den Rechtsträger selbst bzw. durch die von ihm beauftragte Person erfasst. Selbiges Vorgehen gilt für die Erfassung eines Rechtsträgers als wirtschaftlich berechtigte Person eines im VwbP eintragungspflichtigen Rechtsträgers.

Die Verpflichtung zur Identifizierung und Eintragung der Daten der wirtschaftlich berechtigten Personen liegt beim Rechtsträger (Art. 4 VwbPG). Dies kann in der Praxis beispielsweise dergestalt erfolgen, dass der Rechtsträger bzw. die von ihm beauftragte Person auf die wirtschaftlich berechtigten Personen zugeht und die Daten einholt und im VwbP erfasst. Es ist jedoch auch möglich, dass die wirtschaftlich berechtigten Personen die Daten selbst erfassen, wenn sie beispielsweise gleichzeitig vertretungsbefugte Organe des Rechtsträgers sind. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass wenn ein Rechtsträger seiner Pflicht zur Erfassung der Daten nicht nachkommt, ihm bzw. seinen Leitungsorganen entsprechende verwaltungs(straf)rechtliche Konsequenzen drohen.

Zusätzlich zu den vorerwähnten Daten werden bei jedem Aufruf der Webseite „<https://vwb.llv.li>“ sowie beim Übertragen von Daten automatisiert Daten und Informationen empfangen. Folgende Daten werden hierbei erhoben bzw. empfangen:

Webserver, NGINX:

- Vollständige IP-Adresse des anfordernden Rechners;
- Datum und Uhrzeit des Zugriffs;
- Zugriffsstatus;
- Verwendeter Webbrowser und verwendetes Betriebssystem;
- Übertragene Datenmenge.

Applikationsserver:

- Vollständige IP-Adresse und Benutzername des anfordernden Rechners;
- Datum und Uhrzeit des Zugriffs;
- Zugriffstatus (Daten übertragen etc.)

## **b) Ausserhalb des Online-Portals des VwbP erhobene Daten**

Im Rahmen der Bearbeitung von Bestellungen von Auszügen und Bescheinigungen, Meldungen (bspw. Meldung einer Unstimmigkeit), Anträgen (bspw. Anträge auf Offenlegung) und telefonischen sowie elektronischen Anfragen im Zusammenhang mit dem VwbP werden ebenso personenbezogene Daten (z.B. Name, Adresse,

Telefonnummer, E-Mail-Adresse von antragstellenden oder anfragenden Personen) erhoben. Die Daten werden hierbei auch über die Zentralen Stammdaten (ZSD) abgefragt.

Für Bestellungen und Anträge sowie Meldungen im Zusammenhang mit dem VwbP sind hierzu jeweils die vom AJU, STIFA/GWP auf seiner Webseite zur Verfügung gestellten Formulare zu verwenden, in welche die personenbezogenen Daten einzutragen und die in weiterer Folge, allenfalls unter Beilage weiterer Dokumente (z.B. Passkopie) im Original beim AJU, STIFA/GWP, einzureichen sind.

## **7. Empfänger der personenbezogenen Daten**

### **a) Empfänger von im VwbP erhobenen personenbezogenen Daten**

#### **Inländische Behörden**

Über einen Zugriff auf das Online-Portal des VwbP können folgende inländische Behörden nach Art. 13 VwbPG im Einzelfall uneingeschränkt die im Online-Portal des VwbP eingetragenen Daten einsehen, soweit dies zum Zweck der Bekämpfung von Geldwäscherei, Vortaten der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung erforderlich ist (Abrufverfahren):

- Stabsstelle Financial Intelligence Unit (SFIU)
- Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein
- Staatsanwaltschaft
- Steuerverwaltung
- Landgericht
- Landespolizei

#### **Datenempfänger auf Anfrage**

Die folgenden Personen und Stellen können sich an das AJU, STIFA/GWP wenden und um die Herausgabe bzw. Offenlegung der im VwbP erfassten Daten ersuchen:

- Ausländische Behörden, wobei hier die Grundlage das Verfahren im Rahmen der Amtshilfe bildet (Art. 14 VwbPG)
- Banken und Finanzinstitute mit Sitz im Inland oder im EWR sowie Banken mit Sitz in einem Drittstaat (sofern die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen nach Art. 45 der Verordnung (EU) 2016/679 erfüllt sind) (Art. 15 VwbPG)
- Inländische Sorgfaltspflichtige (Art. 16 VwbPG)
- Liechtensteinische Rechtsanwaltskammer (Art. 13 Abs. 1 VwbPG)
- Dritte, zur Vermeidung der Geldwäscherei, Vortaten der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung (bei Vorliegen einer glaubhaften Erklärung bzw. dem Nachweis eines berechtigten Interesses) (Art. 17 VwbPG)
- Auf einer Bestellung eines Auszugs aus dem VwbP oder einer Bescheinigung gemäss Art. 8 Abs. 1 VwbPG vermerkte Empfänger

## **Sonstige Datenempfänger**

Als sonstige Empfänger von Daten aus dem VwbP kommen in Betracht:

- Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und spezialgesetzliche Revisionsstellen im Sinne von Art. 26 Abs. 1 des Gesetzes über berufliche Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei, organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung (Sorgfaltspflichtgesetz; SPG) im Rahmen einer Kontrolle nach Art. 24 VwbPG
- Von der FMA zum Zwecke einer Kontrolle nach Art. 25 VwbPG beauftragte Dritte
- Rechtsträger/Mitglieder des leitenden Organs des Rechtsträgers
- SFIU, Staatsanwaltschaft sowie Aufsichtsbehörden und Stellen, die für die Verhängung von Aufsichts- und/oder Disziplinarmaßnahmen gegen Rechtsträger bzw. deren Organe zuständig sind (Art. 23 Abs. 3 Bst. e bis g VwbPG)
- VwbP-Kommission im Rahmen der Führung von Offenlegungsverfahren nach Art. 17 Abs. 4 VwbPG
- Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten (VBK) und Verwaltungsgerichtshof (VGH) im Rahmen der Führung von Rechtsmittelverfahren

### **b) Empfänger von personenbezogenen Daten, die ausserhalb des Online-Portals des VwbP erhoben werden**

Wie oben unter Punkt 6. b) ausgeführt, werden im Rahmen der Bearbeitung von Bestellungen von Auszügen und Bescheinigungen, Meldungen (bspw. Meldungen von Unstimmigkeiten), Anträgen (bspw. Anträge auf Offenlegung) und telefonischen sowie elektronischen Anfragen im Zusammenhang mit dem VwbP, ebenso personenbezogene Daten (z.B. Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse von antragstellenden oder anfragenden Personen) ausserhalb des Online-Portals des VwbP erhoben.

Personenbezogene Daten auf Bestellformularen von Auszügen und Bescheinigungen aus dem VwbP können an andere öffentliche Stellen (z.B. an die Landeskasse zur Ausstellung einer Rechnung) übermittelt werden. Ansonsten werden diese Daten nicht weitergeleitet.

Personenbezogene Daten, die dem AJU, STIFA/GWP im Rahmen eines Antrags auf Offenlegung oder der Meldung einer Unstimmigkeit übermittelt werden, können aufgrund des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens an die betroffenen Rechtsträger übermittelt werden.

Personenbezogene Daten, die im Rahmen von Anfragen übermittelt werden, können zur Beantwortung dieser Anfragen ebenfalls an andere öffentliche Stellen weitergeleitet werden. Eine darüber hinausgehende Weiterleitung erfolgt nicht.

## **8. Datenübermittlung in Drittländer**

Eine Weitergabe von personenbezogenen Daten in Drittländer darf nur zum Zweck der Bekämpfung von Geldwäscherei, Vortaten der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung erfolgen. Konkret erfolgt eine Weitergabe, wenn ein Antrag auf Ausstellung eines Auszugs oder einer Bescheinigung nach Art. 8 VwbPG gestellt wird und als Empfänger der Daten eine Person in einem Drittland angeführt wird. Selbiges gilt, wenn ein Antrag auf Offenlegung nach Art. 15 Abs. 1 Bst. b VwbPG durch eine Bank mit Sitz in einem Drittland oder ein Antrag auf Offenlegung nach Art. 17 VwbPG durch einen in einem Drittland ansässigen Dritten erfolgt. Eine Übermittlung von Daten in Drittländer ist auch im Wege der Amtshilfe nach Art. 14 VwbPG möglich. Die Weiterleitung richtet sich dabei nach den jeweils anwendbaren Spezialgesetzen.

## **9. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten**

Das AJU, STIFA/GWP löscht personenbezogene Daten aus dem VwbP fünf Jahre nach:

- der Löschung eines Rechtsträgers nach Art. 2 Abs. 1 Bst. c Ziff. 1 VwbPG aus dem Handelsregister bzw. der Beendigung solcher Rechtsträger, die nicht im Handelsregister eingetragen, angezeigt oder hinterlegt sind;
- der Beendigung der Verwaltung im Inland eines Rechtsträgers nach Art. 2 Abs. 1 Bst. c Ziff. 2 VwbPG; oder
- der Beendigung der Geschäftsbeziehung bzw. Veräusserung der Immobilie eines Rechtsträgers nach Art. 2 Abs. 1 Bst. c Ziff. 3 VwbPG.

Protokolldaten nach Art. 12 Abs. 6 VwbPG werden zehn Jahre aufbewahrt und sind anschliessend zu löschen (Art. 12 Abs. 7 VwbPG). Bis dahin werden diese aufbewahrt.

Personenbezogene Daten, die ausserhalb des Online-Portals des VwbP erhoben werden (z.B. im Rahmen von Anträgen, Anfragen etc.), werden gelöscht, sobald sie für ihre Zweckbestimmung nicht mehr erforderlich sind und der Löschung keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen.

## **10. Quelle der personenbezogenen Daten**

### **a) Quelle der im VwbP erhobenen Daten**

Die im VwbP eintragungspflichtigen Rechtsträger bzw. die von ihnen mit der Erfassung beauftragten Personen haben einen Benutzerzugang im Online-Portal des VwbP anzulegen, über den die Daten im VwbP erfasst werden.

Nach dem Anlegen eines Benutzerkontos importiert der Benutzer des Online-Portals des VwbP die Daten des betroffenen Rechtsträgers aus dem Handelsregister (FL-Nummer, Name oder Firma, Sitz, Adresse, Rechtsform, Gründungsdatum respektive Hinterlegungsdatum). Alternativ dazu kann eine manuelle Erfassung des

Rechtsträgers vorgenommen werden, wenn der Rechtsträger weder im liechtensteinischen Handelsregister eingetragen noch hinterlegt ist (z.B. ausländische Trusts). Der Rechtsträger wählt in einem nächsten Schritt die entsprechenden Formulare aus (Formular C- oder T-VwbP) und erfasst in diesen die Daten der am Rechtsträger wirtschaftlich berechtigten Personen nach Art. 4 VwbPG und ihre jeweilige Rolle beim betroffenen Rechtsträger (siehe auch Punkt 5.a).

Allein die Rechtsträger können diese Daten im VwbP erfassen. Die erfassten Daten können auch grundsätzlich nur von diesen angepasst bzw. gelöscht werden. Bei jeder Änderung der erfassten Daten wird im VwbP eine neue Version der erfassten Daten erstellt. Für den Rechtsträger sind stets sämtliche Versionen der von ihm erfassten Daten ersichtlich. Darüber hinaus können die Rechtsträger selbst einen PDF-Ausdruck zu den erfassten wirtschaftlich berechtigten Personen generieren.

Alternativ zum oben beschriebenen Vorgehen betreffend die Erfassung und Anpassung der Daten im VwbP kann der Rechtsträger bzw. die von ihm beauftragte Person, die Daten zu den wirtschaftlich berechtigten Personen mittels eines XML-Uploads in das VwbP hochladen oder ändern, insofern die entsprechenden Programme zur Verfügung stehen.

#### **b) Quelle der ausserhalb des VwbP erhobenen Daten**

Im Rahmen der Bearbeitung von Bestellungen von Auszügen und Bescheinigungen, Meldungen (bspw. Meldung einer Unstimmigkeit), Anträgen (bspw. Anträge auf Offenlegung) und telefonischen sowie elektronischen Anfragen im Zusammenhang mit dem VwbP werden ebenso personenbezogene Daten (z.B. Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse von antragstellenden oder anfragenden Personen) bei denjenigen Personen erhoben, die Bestellungen aufgeben, Meldungen erstatten und Anträge und Anfragen stellen. Die Daten werden hierbei auch über die Zentralen Stammdaten (ZSD) abgefragt.

### **11. Cookies und Analysetools**

Es werden keine Trackingmechanismen und Cookies verwendet. Es findet keine Log Rotation statt. Zugriffsprotokolldateien auf dem Webserver werden nicht gelöscht.

### **12. Elektronische Identifikation (eID.li/lilog)**

Alle Aktivitäten, die beim Login in das Online-Portal des VwbP im Zusammenhang mit der elektronischen Identifikation mittels eID.li oder lilog ausgeführt werden (z.B. Registrierung, Anmeldung, falsche Passworteingabe, Änderung des Benutzerkontos usw.), werden aufgezeichnet und dauerhaft gespeichert. Sensitive Daten unter der Verwendung von lilog wie der Benutzername oder das Passwort werden dabei in verschlüsselter Form gespeichert und können nicht gelesen werden. Diese Daten



dienen ausschliesslich dem Zweck der elektronischen Identifikation sowie zur Abklärung von technischen Problemen und zur Informationssicherheit.

### **13. Rechte der betroffenen Personen**

#### **a) Recht auf Auskunft**

Betroffene Personen haben nach Art. 19 VwbPG iVm Art. 15 DSGVO das Recht, Auskunft über die nach dem VwbPG verarbeiteten personenbezogenen Daten zu erhalten.

#### **b) Recht auf Berichtigung**

Betroffene Personen haben grundsätzlich das Recht, sie betreffende unrichtige personenbezogene Daten berichtigen zu lassen.

Betreffend die Daten nach Art. 4 VwbPG und die Kontaktinformationen des Benutzers des VwbP ist die Ausübung des Rechts auf Berichtigung derart umgesetzt, dass die Berichtigung der personenbezogenen Daten im Online-Portal durch den Benutzer, der die Eintragung der Daten vorgenommen hat bzw. über den Rechtsträger, bei dem die Eintragung vorgenommen wurde, selbst erfolgt. Allein der Rechtsträger ist für die Richtigkeit und Aktualität der verarbeiteten Daten verantwortlich.

Stellt das AJU, STIFA/GWP im Rahmen des Vollzugs des VwbPG fest, dass Daten nicht korrekt erfasst wurden und berichtigt werden müssen, wird der Rechtsträger durch geeignete Massnahmen angehalten, diese richtigzustellen. Das AJU, STIFA/GWP nimmt selbst jedoch keine Berichtigung vor.

#### **c) Recht auf Löschung bzw. Recht auf Vergessenwerden**

Betroffene Personen haben das Recht auf Löschung personenbezogener Daten bzw. Vergessenwerden. Das Recht auf Löschung bzw. Vergessenwerden steht den betroffenen Personen jedoch nicht zu, soweit die Verarbeitung der Daten gemäss Art. 17 Abs. 3 Bst. b DSGVO zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, die Aufgabe im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt. Der Zweck des VwbP liegt in der Bekämpfung von Geldwäscherei, Vortaten der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, was ein solches öffentliches Interesse darstellt.

Die Fristen für die Löschung von Daten aus dem VwbP sind unter Punkt 9. abgebildet.

#### **d) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**

Betroffene Personen haben das Recht, unter bestimmten Umständen die Einschränkung der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit dies die Erfüllung der gesetzlichen Pflichten des AJU, STIFA/GWP nicht verunmöglicht.

Das AJU, STIFA/GWP kann die Offenlegung von Daten gegenüber inländischen Sorgfaltspflichtigen und Dritten nach Art. 16 und 17 VwbPG auf Antrag eines Rechtsträgers überdies vollständig oder teilweise einschränken, wenn dieser nachweist, dass der Offenlegung unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls, überwiegende schutzwürdige Interessen der wirtschaftlich berechtigten Personen entgegenstehen (Art. 18 VwbPG).

#### **e) Recht auf Widerspruch**

Betroffene Personen haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Die betroffenen Personen haben allerdings dann kein Widerspruchsrecht, wenn die Verarbeitung der Daten zur Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung erforderlich ist, was betreffend die Verarbeitung der Daten im VwbP aufgrund der Vorgaben des VwbPG gerade der Fall ist.

#### **f) Recht auf Datenübertragbarkeit**

Betroffene Personen haben das Recht, ihre personenbezogenen Daten, die sie bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen. Dieses Recht gilt nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem AJU, STIFA/GWP übertragen wurde. Nachdem dem AJU, STIFA/GWP die Aufgabe zur Führung des VwbP übertragen wurde und dessen Zweck im öffentlichen Interesse (Bekämpfung von Geldwäscherei, Vortaten der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung) gelegen ist, besteht kein Recht zum Erhalt der Daten in der zuvor beschriebenen Form.

Auch eine Datenübertragung vom AJU, STIFA/GWP auf eine andere Stelle ist nicht vorgesehen, zumal dem AJU, STIFA/GWP die Führung des Verzeichnisses nach Art. 6 VwbPG alleine obliegt.

#### **g) Recht auf Beschwerde**

Die betroffene Person hat das Recht, im Falle der Annahme einer unrechtmässigen Datenverarbeitung jederzeit Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, der DSS ([www.datenschutzstelle.li](http://www.datenschutzstelle.li)), einzureichen.

#### **14. Kontaktdaten Datenschutz-Aufsichtsbehörde**

Sofern Sie als von der Datenverarbeitung betroffene Person der Annahme sind, dass eine unrechtmässige Datenverarbeitung vorliegt, können Sie jederzeit Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde einreichen. Die in Liechtenstein zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die DSS mit den Kontaktdaten:

Datenschutzstelle

Städtle 38

Postfach 684

FL-9490 Vaduz

Telefon: +423 236 60 90

E-Mail: [info.dss@llv.li](mailto:info.dss@llv.li)

Webseite: [www.datenschutzstelle.li](http://www.datenschutzstelle.li)